



Trotz aller Repressionen finden immer wieder Proteste gegen die Unterdrückung von Minderheiten statt, hier in Neu-Delhi 2019.

INDIEN AUF AUTOKRATISCHEM KURS: DIE „GRÖSSTE DEMOKRATIE DER WELT“ IM UMBRUCH

VON ULRIKE DUFNER

Die Beziehungen zwischen der Bundesregierung und der indischen Regierung sind in den letzten Jahren vertieft worden. Dies hatte vielfältige Gründe. Die EU und damit auch Deutschland sind auf der Suche nach Verbündeten, um Gegengewichte gegen die aufstrebende Weltmacht China aufzubauen. Zudem versuchen Deutschland und die EU, unabhängiger von den USA als selbständige Macht zu agieren.

Darüber hinaus ist Indien ein wichtiger Handelspartner, dessen Bedeutung in den nächsten Jahren vermutlich noch deutlich zunehmen wird.

Vor allem Textilien, Maschinen und chemische Erzeugnisse werden von dort nach Deutschland exportiert. Deutschland wiederum exportiert unter anderem Maschinen, chemische Erzeugnisse sowie Fahrzeuge aller Art nach Indien. Hinzu kommt der Austausch von Dienstleistungen.

Indien als bevölkerungsreichstes Land der Welt ist zwar noch immer ein Land mit mittlerem Einkommen und mit einer recht geringen Kaufkraft pro Kopf der Bevölkerung, ist aber schon aufgrund seiner schieren Größe ein großer potenzieller Markt. Darüber hinaus versuchen Unternehmen,



INFODATEN INDIEN

Hauptstadt	Neu-Delhi
Bevölkerungszahl	1.451 Mio. (2024)
Wichtigste Ausfuhr Güter	Petrochemie Chemische Erzeugnisse Nahrungsmittel Textilien
Wichtigste Abnehmerländer	1. USA 2. VAE 3. Niederlande
Wichtigste Ausfuhr Güter nach Deutschland	Chemische Erzeugnisse Textilien/Bekleidung Maschinen
Rangliste der Pressefreiheit	151/180 (2024)
CIVICUS Monitor	unterdrückt (33 von 100 Punkten)
ITUC-Kategorie	5 (keine Garantie von Arbeitsrechten)

Quellen: GTAI 2025, CIVICUS Monitor 2025, Reporter ohne Grenzen 2025, ITUC 2025

von Fabriken in China unabhängiger zu werden und verlagern Produktion nach Indien.

Sowohl auf der politischen als auch der wirtschaftlichen Ebene wird oft darauf verwiesen, dass Indien die größte Demokratie der Welt sei. Doch die demokratische Fassade hat in den vergangenen Jahren Risse bekommen, da die Regierung immer stärkere autokratische Strukturen aufbaut. Ein wichtiger Indikator dafür ist, wie kritisch zivilgesellschaftliche Akteure sein können, ohne Repressionen durch die Regierung befürchten zu müssen.

HINDUNATIONALISTISCHE REGIERUNG

Politische Strömungen, die unter Berufung auf jahrtausendealte Traditionen Hinduismus und Nationalismus propagieren, sind kein neues Phänomen in Indien, waren aber lange Zeit eher eine Randerscheinung. Doch sie erhielten seit den 1980er Jahren immer mehr Zulauf. Mehr und mehr gelang es einer Partei, der 1980 gegründeten

Bharatiya Janata Party (BJP), diese Strömungen zu bündeln. Mittlerweile hat die Partei rund 170 Millionen Mitglieder.

Bereits um die Jahrtausendwende (1998-2004) war die BJP erstmals an einer Koalitionsregierung auf Gesamtstaatsebene beteiligt, darüber hinaus regierte sie einige Bundesstaaten. Seit 2014 regiert sie unter Premierminister Narendra Modi und verfolgt seither das Ziel, das säkular-pluralistische Staatswesen Indiens zu demontieren und an dessen Stelle einen homogenen Zentralstaat mit einer Hindu-Vormachtstellung zu etablieren. Dafür nutzt die BJP neben der Einschränkung von zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräumen eine Strategie der gesellschaftlichen Polarisierung und Spaltung der Gesellschaft mit vorrangig anti-muslimischer Stimmungsmache (Gottschlich 2018). Die letzten Parlamentswahlen 2024 konnte die BJP erneut gewinnen, hat allerdings die 2019 noch erzielte absolute Mehrheit verloren.

Seit der Übernahme der Regierungsmacht hat die BJP systematisch versucht, Macht zu zentralisieren und die exekutiven Rechte des Premierministers Modi auszubauen. Immer wieder gelang es ihr, umstrittene Gesetze im Parlament durchzudrücken. Die Rechte der Opposition wurden beschnitten und diese sah sich einem massiven Druck ausgesetzt. Es kam beispielsweise immer wieder zu polizeilichen Ermittlungen gegen Oppo-

SHRINKING SPACES: DIE EINSCHRÄNKUNG VON HANDLUNGSSPIELRÄUMEN

Unter Shrinking Spaces wird die zunehmende Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume verstanden. Dazu gehören die schrittweise Begrenzung von politischen Partizipationsmöglichkeiten und Freiheiten für Organisationen und Individuen, häufig gepaart mit Willkür und Straflosigkeit für mächtige Akteur*innen. Weltweit ist verstärkt zu beobachten, dass zivilgesellschaftliches Engagement immer stärker unter Druck gerät – durch repressive Gesetze, Überwachung, Einschränkungen von Versammlungsrechten oder bürokratische und finanzielle Hürden für NGOs. Auch für Einzelpersonen wird zivilgesellschaftliches Engagement immer gefährlicher. Maßnahmen gegen Aktivist*innen und Gewerkschafter*innen reichen von Einschüchterungen über Freiheitsstrafen und Gewaltandrohungen bis hin zu Ermordungen.

In insgesamt acht Factsheets greift SÜDWIND diese Thematik anhand von Beispielländern aus Afrika, Amerika und Asien auf.

sitionspolitiker*innen wegen angeblicher Korruption oder Steuervergehen (Duggal et al. 2024: 2-3).

Als Folge dieser Entwicklung stuft das Varieties of Democracy Institute (V-DEM), das Daten zu den demokratischen Rechten in allen Staaten auswertet, Indien seit 2022 nicht mehr als demokratisch funktionierenden Staat mit einer demokratisch gewählten Regierung ein, sondern als Wahllautokratie ("Electoral Autocracy") (V-DEM 2025: 14). Auch bei CIVICUS, einer globalen Allianz von Nichtregierungsorganisationen, wird Indien als „unterdrückt“ eingestuft (CIVICUS 2025).

BREIT AUFGESTELLTE ZIVILGESELLSCHAFT

Schätzungen zufolge gibt es in Indien 3 Millionen zivilgesellschaftliche Organisationen (Sahoo 2020). Die Zivilgesellschaft besteht aus einer Vielzahl unterschiedlicher Organisationen. Viele sind im karitativen und humanitären Bereich tätig, andere religiös motiviert, wieder andere arbeiten zu ökologischen, sozialen und politischen Problemen.

Bei ihrem Engagement können sie sich auf in der Verfassung garantierte Rechte berufen. Art. 19 (1)(a) garantiert das Recht auf Rede- und Ausdrucksfreiheit, Art. 19 (1)(b) legt fest, dass alle Bürger*innen das Recht auf friedliche Versammlungen haben. Der nächste Absatz garantiert das Recht aller Bürger*innen, Vereinigungen und Gewerkschaften zu bilden. Verschiedene Paragraphen der Verfassung erlauben ausdrücklich die freie Betätigung der Zivilgesellschaft. Darüber hinaus ist Indien internationalen UN-Pakten beigetreten, die zivilgesellschaftliche Freiheit garantieren (Citizens Against Hate 2020: 75).

MASSIVE ANGRIFFE AUF ZIVILGESELLSCHAFT

Angriffe indischer Regierungen auf die Zivilgesellschaft hat es im Laufe der Jahrzehnte immer wieder gegeben (Sahoo 2020). Mit der Regierungsübernah-

me der BJP im Jahre 2014 wurden diese Angriffe intensiviert. Dabei waren die Organisationen am stärksten von Einschränkungsmaßnahmen betroffen, die sich aktiv gegen den Hindu-Nationalismus stellten (Mukherji/Shrivastava 2024).

Ebenfalls stark unter Druck gerieten nationale und internationale Umweltverbände, die sich gegen Großprojekte wie die Errichtung von Minen oder großen Fabriken wandten. Ihnen wurde vorgeworfen, die indische Wirtschaft und damit den Staat Indien zu schädigen (Sahoo 2020).

Damit sind deutsche Unternehmen von den Entwicklungen direkt betroffen, wenn sie Rohstoffe aus Indien beziehen oder ihre Produkte dort fertigen lassen. Bei ihren Analysen der unternehmerischen Sorgfaltspflicht bezüglich Menschenrechtsverletzungen, aber auch im Umweltbereich müssen sie im Blick haben, was gerade in Indien passiert.

VERWEIGERUNG ODER ABERKENNUNG DER REGISTRIERUNG

In Indien benötigen Nichtregierungsorganisationen eine Registrierung. Versuche, zivilgesellschaftliche Organisationen durch die Verweigerung der Registrierung gar nicht erst entstehen zu lassen oder NGOs unter Druck zu setzen, gab es schon vor 2014. Diese Tendenz nahm jedoch unter die Regierung Modi massiv zu. Die Maßnahmen trafen vor allem Nichtregierungsorganisationen, die von Menschenrechtsverletzungen betroffene Gruppen und Minderheiten unterstützen, darunter Muslime, Menschen aus den häufig diskriminierten untersten Schichten des Kassensystems (Dalits), ebenfalls diskriminierte indigene Volksgruppen (Adivasi) sowie die queere Community. Unter diesen wiederum gerieten besonders die Organisationen unter Druck, die international vernetzt waren und aus dem Ausland Zuschüsse erhielten. 2020 wurde der Druck noch weiter erhöht, da seitdem Registrierungen der Organisationen nicht mehr permanent gelten, sondern alle fünf Jahre erneuert werden müssen. Die Registrierung entscheidet auch, ob und wie die Arbeit der Gruppen besteuert wird und ob es Steuerreduzierungen für Spender*innen gibt (Citizens Against Hate 2020: 80).

Zudem müssen Daten der Spender*innen dem Finanzministerium zur Verfügung gestellt werden. Was als Transparenzbestimmungen daherkommt, ermöglicht es dem Staat, einheimische Spender*innen einzuschüchtern, die sich für Menschenrechte, Umweltbelange oder religiöse Minderheiten einsetzen (Mukherji /Shrivastava 2024: xx).

ABSCHNEIDEN VON AUSLÄNDISCHEN GELDERN

Seit 1976 dürfen indische Nichtregierungsorganisationen nur dann Geld aus dem Ausland annehmen, wenn sie dafür eine staatliche Bewilligung haben. Das entsprechende Gesetz (Foreign Contribution



Straßenszene in Indien.

Regulation Act, FCRA) wurde ursprünglich erlassen, um mehr Transparenz bei Finanzzuflüssen aus dem Ausland zu erhalten.

Die Bestimmungen des Gesetzes wurden 2010 und 2020 deutlich verschärft. Dies geschah offiziell mit dem Ziel der Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche und Terrorfinanzierung. Bald jedoch wurde offensichtlich, dass das Gesetz willkürlich ausgelegt wurde und hauptsächlich dazu diente, missliebige Nichtregierungsorganisationen von Geldzuflüssen aus dem Ausland abzuschneiden. Zwischen 2015 und 2022 wurde rund 18.000 NRO das Recht auf Zugang zu ausländischen Geldern entzogen. Darunter waren die indischen Ableger von global agierenden Organisationen, beispielsweise Greenpeace, Oxfam und Amnesty International ([Mukherji/Shrivastava 2024; Duggal et al. 2024: 3](#)).

Flankiert wird die Aufsicht der Geldzuflüsse mit der Kontrolle der Verwendung der Gelder. Es muss im Detail angegeben werden, woher das Geld kommt, wann es ankam und wofür es ausgegeben wurde ([Sahoo 2020](#)).

Nicht betroffen von Auflagen und Sanktionen sind häufig Organisationen, die unpolitisch humanitäre Hilfe leisten und karitative Projekte durchführen ([Neumann 2024](#)). Dies erklärt, warum eine große Zahl von Nichtregierungsorganisationen in Indien weiterhin unbehelligt arbeiten kann: Sie bilden keine Gefahr für die Ziele der Regierung.

EINSCHREITEN DER SICHERHEITSKRÄFTE, ÜBERWACHUNG UND BEDROHUNGEN

Viele weitere Gesetze, z.B. zur Verhinderung von Geldwäsche oder rechtswidriger Aktivitäten, werden genutzt, um Kritiker*innen des Regimes zu schikanieren. Massiver Druck kann mit den Anti-Terrorismusetzen ausgeübt werden. Der Vorwurf der Unterstützung von Terrorismus kann zu einer sofortigen Inhaftierung führen und es ist für die Betroffenen nahezu unmöglich, Kautions zu stellen ([Duggal et al. 2024: 3](#)).

Inhaftierte sitzen teilweise über Jahre im Gefängnis, bevor es überhaupt zu einem Prozess kommt. Lediglich bei prominenten Betroffenen sorgt dies für Schlagzeilen und Aufmerksamkeit, doch deren Zahl ist gering. Schätzungen gehen davon aus, dass bis zu 10.000 Menschen in Untersuchungshaft gehalten werden ([Neumann 2024](#)).

Der Vorwurf der Unterstützung des Terrorismus führt darüber hinaus dazu, dass sich die meisten Finanzgeber im In- und Ausland sofort von der beschuldigten Nichtregierungsorganisationen abwenden - aus Angst, selbst Ziel von Ermittlungen zu werden ([Srinath 2025](#)).

In anderen Fällen initiierte die Regierung polizeiliche Ermittlungen gegen Nichtregierungsorganisationen. Häufig ging es dabei um den Vorwurf, es habe Gesetzesverstöße beim Umgang mit Geldern gegeben. Auffällig ist, dass hauptsächlich



Polizeibarrikaden in Mumbai

Organisationen unter Beschuss gerieten, die sich kritisch zu Menschenrechtsverletzungen durch die Regierung geäußert hatten. Wiederholt wurde aufgedeckt, dass regierungskritische Journalist*innen, Anwält*innen, Akademiker*innen und Aktivist*innen überwacht und elektronisch ausgespäht wurden ([Citizens Against Hate 2020: 83](#)).

Die Nutzung moderner Techniken zur Überwachung von potenziellen Regierungsgegner*innen hat in den letzten Jahren stark zugenommen zugenommen. Dies reicht von immer weiter verbreiteten Überwachungskameras bis hin zur Software zur Gesichtserkennung. Darüber hinaus wurden die Daten aus verschiedensten polizeilichen, geheimdienstlichen, politischen und sozialen Bereichen in eine große Datenbank übertragen. Ergänzt werden die Überwachungssysteme durch die Auswertung der Dinge, die die Menschen in sozialen Medien preisgeben. Kritiker*innen wurden beispielsweise aufgrund von Äußerungen in sozialen Medien verhaftet oder in sozialen Medien von regierungsnahen Trollen bedroht ([Mahapatra 2021](#)).

In vielen Fällen wurden zudem Kampagnen von Medien und Gruppen, die der Regierung nahestehen, gegen einzelne Nichtregierungsorganisationen initiiert. Dabei kam es immer wieder auch zu Übergriffen ([Citizens Against Hate 2020: 85](#)).

Die Versammlungsfreiheit wird in der indischen Verfassung garantiert. Doch auch hier sind Einschränkungen möglich. Dies geschieht teils schlicht illegal durch das Vorgehen von Sicherheitskräften gegen friedliche Protestierende, in anderen Fällen werden Anti-Terrorismusetze herangezogen ([Citizens Against Hate 2020: 90-92](#)).

EINSCHRÄNKUNG DER AKADEMISCHEN FREIHEIT

Kritische Forschung ist an vielen Universitäten in Indien kaum noch möglich. Insbesondere in den Bundesstaaten, in denen die Regierungspartei BJP

Inhaftierte sitzen teilweise über Jahre im Gefängnis, bevor es überhaupt zu einem Prozess kommt. Schätzungen gehen davon aus, dass bis zu 10.000 Menschen in Untersuchungshaft gehalten werden.

ebenfalls die Mehrheit hat, wird massiv Druck ausgeübt. Universitäten werden Gelder gestrichen, kritische Akademiker*innen nicht befördert oder ihnen wird die Versetzung an Universitäten in entlegenen Landesteilen angedroht (*Citizens Against Hate 2020: 88*). Darüber hinaus wurden Curricula an Universitäten geändert und ganze Forschungsbereiche eingestellt (*Srinath 2025*).

VORGEHEN GEGEN (RELIGIÖSE) MINDERHEITEN

Die Regierungspartei BJP möchte aus Indien einen streng hinduistisch orientierten Staat machen. Die größte religiöse Minderheit im Lande sind Muslime, rund 200 Millionen der Einwohner*innen werden als solche eingestuft. Sie mussten die Erfahrung machen, dass gewaltsame Übergriffe auf Muslime, Zerstörung und Plünderung ihres Eigentums sowie Angriffe auf Moscheen häufig straffrei bleiben. Ebenfalls unter Druck stehen christliche Kirchen. Diese wurden, ähnlich wie Nichtregierungsorganisationen, von ausländischen Unterstützungsgeldern teilweise abgeschnitten. Darüber hinaus gab es Angriffe auf kirchliches Eigentum inklusive Schulen (*Mukherj 2024: 24*).

PRESSEFREIHEIT

Die Presse hatte in Indien immer wieder mit Problemen zu kämpfen gehabt, lange vor den derzeitigen Entwicklungen. Auf dem Pressefreiheit-Index ist Indien allerdings weiter abgestürzt und liegt mittlerweile auf Rang 151 von 180 erfassten Staaten. In den letzten zehn Jahren wurden mindestens 28 Journalist*innen ermordet, die Hälfte davon recherchierte zu Umweltthemen. Regierungskritische Journalist*innen müssen mit Belästigungen, Bedrohungen, Festnahmen und körperlichen Angriffen rechnen, hinzu kommen Kampagnen im Internet (*Reporter ohne Grenzen 2025*).

Ausländische Journalist*innen erhalten häufig keine Einreisevisa mehr oder ihre Arbeit wird vor Ort behindert. Darüber hinaus ist inzwischen ein großer Teil der Medien im Besitz von Politiker*innen oder Unternehmer*innen, die der Regierungspartei nahestehen. Auch das Internet wird stark kontrolliert und es kommt immer wieder zu Unterbrechung von Internetverbindungen (*Srinath 2025*).

Kritik an der Regierung wird auch auf internationaler Ebene nicht gerne gesehen. Im Jahre 2023 wurde beispielsweise eine BBC-Dokumentation verboten, in der die Rolle von Regierungschef Modi bei Ausschreitungen gegen die muslimische Minderheit während seiner Zeit als Ministerpräsident im Bundesstaat Gujarat 2002 kritisch beleuchtet wurde. Damals starben mehr als 2000 Menschen. Für das Verbot bediente sich Modi Notstandsbefugnissen und IT-Vorschriften, die 2021 erlassen wurden. Ziel war es, die Verbreitung der Dokumentation im Internet zu stoppen (*BBC 2023*).

SHRINKING ODER CLOSED SPACE?

Die Einschränkung der Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen gehen mittlerweile so weit, dass in einigen Bereichen die Spielräume nicht nur eng geworden, sondern gar nicht mehr vorhanden sind. Dies gilt insbesondere für die Aktivitäten von Organisationen, die sich für die Rechte von religiösen Minderheiten, insbesondere Muslimen, einsetzen. Eine Mischung aus bürokratischen Auflagen, polizeilichen Maßnahmen und ständigem Druck soll verhindern, dass diese überhaupt noch aktiv werden. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass auch auf rechtliche Hilfe kein Verlass mehr ist. Verfahren werden über viele Jahre hingezogen, während Betroffene im Gefängnis sitzen. Opfer von Gewalt haben vor Gerichten den Eindruck, es gebe eine weitverbreitete Straflosigkeit für staatliche Stellen (*Citizens Against Hate 2020: 93-112*).

GEWERKSCHAFTEN

Indien, Gründungsmitglied der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), hat eine Reihe wichtiger Konventionen der ILO nicht unterzeichnet. Dazu gehören auch die als weltweite Menschen-



Gewerkschaftsdemonstration in Indien

AUSSAGE EINES FORSCHERS ZU MENSCHENRECHTSFRAGEN:

„Die Gefahr der Kriminalisierung und Folter rückte immer näher. Sie zwang uns, darüber nachzudenken und Zeit darauf zu verwenden, unser Verhalten zu reflektieren und uns selbst zu schützen. Nicht nur mental. Aufgrund unserer Ängste müssen nicht nur mentale, sondern auch technologische Ressourcen eingesetzt werden, um unsere Arbeit zu sichern. Das ist ziemlich anstrengend.“

Quelle: *Citizens Against Hate (2020)*



Trotz der Repression gegen die eigene Bevölkerung ist Staatschef Modi international nicht geächtet.

rechtsstandards anerkannten Kernarbeitsnormen Konventionen 87 und 98, die das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und gemeinsame Lohnverhandlungen festlegen. Auch die Konventionen 155 zur Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz und 187 mit der Forderung der Förderung von Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz wurden nicht unterzeichnet.

93 %

der Beschäftigten in Indien sind informell beschäftigt und fallen nicht unter Tarifverträge.

Das entspricht

504

Millionen Menschen.

Gewerkschaften hatten es allerdings nicht nur aufgrund mangelnder staatlicher Unterstützung schwer, Fuß zu fassen. In Indien arbeiten 44 % der Menschen im Agrarsektor, in dem die Organisation von Beschäftigten sowie auch von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern weltweit nur zu sehr kleinen Teilen gelingt. Darüber hinaus ist der größte Teil der angestellt arbeitenden Menschen ohne Verträge und soziale Absicherung beschäftigt: Schätzungen zufolge sind 93 % der Beschäftigten (504 Millionen

Menschen) informell beschäftigt und fallen daher nicht unter Tarifverträge (FES 2023).

In Indien gibt es eine Vielzahl von Gewerkschaften und allein zwölf anerkannte Gewerkschaftsdachverbände. Viele von diesen sind traditionell mit bestimmten Parteien verbunden (FES 2023). Dies erschwert ein gemeinsames Vorgehen gegen die Pläne der Regierung.

Die Rechtslage sieht vor, dass auf Fabrikebene Gewerkschaften gegründet werden dürfen, wenn ein bestimmter Anteil der Beschäftigten dies unterstützt. Der Versuch einer solchen Gründung wird jedoch häufig von den Fabrikleitungen, die in vielen Branchen großen Druck auf die Beschäftigten ausüben können, abgelehnt.

ARBEITSRECHTE WERDEN ALS INVESTITIONSHINDERNIS GESEHEN

Nach der Regierungsübernahme durch Premierminister Modi gerieten die Rechte von Beschäftigten noch weiter unter Druck. Die beiden wichtigsten der Arbeitsgesetze stammen aus der Kolonialzeit. Das ‚Gesetz zur Industriebeschäftigung‘ („Indust-

rial Employment (Standing Orders) Act 1946“) und das ‚Gesetz zur Regelung von Arbeitskonflikten‘ („Industrial Disputes Act 1947“) sollen Beschäftigte am Arbeitsplatz schützen. Beide greifen jedoch nur bei fest angestellten im formellen Sektor. Eine Vielzahl weiterer Gesetze reguliert den indischen Arbeitsmarkt und soll Grundrechte der Beschäftigten wie Arbeitszeiten, Überstundenzulagen, Mindestlöhne etc. garantieren.

Die Regierungen unter Modi haben das erklärte Ziel, Arbeitsrechte zu vereinfachen oder abzuschaffen, um den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren. Dies soll heimische Unternehmen zu mehr Investitionen verleiten und zudem ausländische Investoren anlocken. Die Regierung hat mehrere Gesetzentwürfe verfasst, deren Umsetzung die Rechte der Gewerkschaften schwächen würden, unter anderem durch die Erschwerung von Streiks. Gegen diese Elemente des Gesetzes gibt es großen Widerstand durch die Gewerkschaften, die dabei von den Regierungen mehrerer Bundesstaaten unterstützt werden. Andererseits enthält das Gesetz jedoch in einigen Paragraphen auch Verbesserungen zum jetzigen Status. Dazu gehört beispielsweise ein einheitlicher Mindestlohn für das ganze Land: der Mindestlohn wird bisher von Bundesstaaten festgelegt und ist zudem fallweise für unterschiedliche Wirtschaftssektoren verschieden. Dadurch entstand ein Flickenteppich von Bestimmungen. Auch soll es verbesserte Vorgaben zu schriftlichen Arbeitsverträgen und Sozialschutz geben (FES 2023).

Die Gewerkschaften wehrten sich gegen viele Vorhaben der Regierung Modi und warnten vor einem Abbau der Rechte der Beschäftigten. Der internationale Gewerkschaftsdachverband ITUC versucht, seine indischen Mitglieder zu unterstützen. Eine Vielzahl von Presseerklärungen und offenen Briefen an die indische Regierung zeigt einerseits die internationale Vernetzung der indischen Gewerkschaften, andererseits aber auch, dass diese mit ihren Forderungen nicht durchkommen. Selbst große Streiks haben daran nichts geändert. 2019 beispielsweise gingen am 8. und 9. Januar 200 Millionen Beschäftigte in den Ausstand, um gegen die Abschaffung von Gesetzen zu protestieren, die Gewerkschaftsrechte garantierten. Dies hinderte die Regierung nicht daran, weiter an Gesetzesänderungen zu arbeiten. Unterstützt wird sie dabei teilweise von einer Gewerkschaft, die die Regierung und der Ideologie des Hindunationalismus sehr nahesteht.¹

¹ Die Entwicklung lässt sich nachlesen auf der Webseite der ITUC unter dem Suchwort India: <https://www.ituc-csi.org/india?lang=en>

Es mag paradox anmuten, dass gerade die Zunahme von Generalstreiks in Indien ein Zeichen der Schwäche der Gewerkschaften ist. Alleine zwischen 1991 und 2022 gab es 21 Generalstreiks, ein erheblicher Teil davon nach 2010. Bei den Aufrufen zu Generalstreiks waren sich die großen Dachverbände der Gewerkschaften in der Regel einig. Obwohl wiederholt mehrere 10 Millionen Menschen streikten, blieb die Wirkung der Streiks sehr begrenzt. Dies liegt zum einen daran, dass außerhalb des öffentlichen Sektors nur ein kleiner Teil der Beschäftigten überhaupt organisiert ist. Darüber hinaus mussten die Gewerkschaften seit 2014 feststellen, dass viele ihrer Anstrengungen verpufften. Die Medien, die der Regierung nahestehen, berichteten kaum über die Streiks, viele Menschen nahmen gar nicht wahr, dass etwas im Lande passierte (Pratap 2022).

Darüber hinaus wurden die Gewerkschaften Schritt für Schritt aus wichtigen Verhandlungen ausgeschlossen oder nahmen gar nicht mehr teil, da ihre Positionen ohnehin nicht berücksichtigt wurden. Dies gilt unter anderem für regelmäßige Verhandlungen der Regierung mit Arbeitgeber*innen und Gewerkschaften, die nur noch den Anschein erwecken, offene Gespräche zu sein: Die Positionen der Gewerkschaften werden in der Regel nicht berücksichtigt (Pratap 2022).

Deutsche Firmen, die Produkte in Indien kaufen oder dort investieren wollen, sollten diesen Druck auf die Gewerkschaften immer vor Augen haben und vermeiden, dass sie vom Bruch internationaler ILO-Abkommen sowie von der Unterdrückung von Beschäftigten profitieren.



Immer wieder demonstrieren Menschen gegen die Beschneidung der Rechte von Gewerkschaften, hier bei einem Generalstreik in Delhi 2020.

Andererseits können sie über die Auswahl der Geschäftspartner*innen Einfluss ausüben, indem sie beispielsweise gezielt mit Unternehmen arbeiten, in denen die Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert sind. Darüber hinaus können sie darauf achten, ob es in den Fabriken Komitees oder Arbeitsgruppen gibt, die Verbesserungen durchsetzen sollen etwa im Gesundheitsschutz, bei der Verhinderung geschlechtsspezifischer Gewalt und ähnlichem. ♦

NACHGEFRAGT

ZWEI SEITEN DERSELBEN MEDAILLE: KULTURELLER WIDERSTAND UND UNTERDRÜCKUNG VON GEWERKSCHAFTEN

Die interviewte Person wird nicht genannt, da diese bei einer Nicht-regierungsorganisation arbeitet, und sich durch die Aussagen in Gefahr bringen würde. Es fand Anfang Oktober 2025 statt.

Wie sehen Sie die Lage in Indien?

Wie Sie wissen, wurde Indien im Jahr 2025 vom CIVICUS Monitor als „unterdrückt“ eingestuft. Dies unterstreicht eine ernsthafte Aushöhlung der Grundfreiheiten

der Meinungsäußerung, der Vereinigungsfreiheit und der friedlichen Versammlungsfreiheit. Laut Amnesty International und Human Rights Watch wurden seit 2019 über 8.000 Personen inhaftiert oder untersucht. Im Press Freedom Index 2024 belegte Indien Platz 159 von 180 Ländern, während das V-Dem Institute Indien als „eines der schlimmsten autokratischen Länder“ einstufte. Die Entwicklung ist noch lange nicht zu Ende.

Stimmt es, dass selbst Lieder verboten werden?

Trotz der Repression hält der Widerstand an, durch Lieder, Streiks, Bündnisse sowie rechtliche Schritte, unterstützt durch kulturelle Solidarität und internationale Unterstützung. In einem repressiven Umfeld, in dem Proteste kriminalisiert werden, lassen die Bürger Indiens die Traditionen Gandhis und Tagores auf innovative Weise wieder aufleben. Lieder, Straßentheater ▶

und Stand-Up-Comedy sind zu wirkungsvollen Formen des Widerstands geworden, die Botschaften vermitteln, die bei Kundgebungen nicht mehr zum Ausdruck gebracht werden können. Mit dem wachsenden Potenzial der Musik, Menschen zu mobilisieren, wächst auch die Angst des Staates vor ihr und damit verbunden steigen die Anstrengungen, sie zu kontrollieren.

Viele Künstler*innen wurden inhaftiert oder manchmal sogar angegriffen. In vielen Fällen sind die Betroffenen nur gegen Kaution auf freiem Fuß. Im Gegensatz zu früheren Jahrzehnten, als Protestmusik in der Öffentlichkeit florierte, zirkuliert sie heute online und wird häufig gelöscht oder heimlich im Internet gesperrt. Diese Unterdrückung hat die Musik jedoch nicht zum Schweigen gebracht. Sie hat sich durch verschlüsselte Messaging-Apps, Underground-Gigs und metaphorische Texte weiterentwickelt, um sich zu äußern. Dies deutet auf eine kollektive Weigerung hin, das Schweigen zu akzeptieren.

Wie sieht dann die Situation für Gewerkschaften und Arbeitnehmer*innen aus?

Die Einschränkung des zivilgesellschaftlichen Raums wirkt sich nicht nur direkt auf die Mechanismen aus, durch die Gewerkschaften funktionieren, sondern untergräbt auch die Grundlagen der Solidarität und des kollektiven Handelns unter

Gewerkschaften über mehrere Mechanismen.

Gewerkschaftsführer*innen und Künstler*innen üben Selbstzensur aus, aus Angst, unter Berufung auf Aufruhr- oder Anti-Terror-Gesetze verhaftet zu werden. Dies schwächt die Mobilisierung, insbesondere in informellen und ländlichen Sektoren.

NGOs und Gewerkschaften sind zudem mit Kürzungen ihrer Finanzmittel und administrativen Kontrollen konfrontiert, wodurch Zeit und Energie von der Interessenvertretung auf die Einhaltung von Vorschriften umgelenkt werden. Unabhängige Medien, einst Verbündete, sind Zensur ausgesetzt, wodurch die Sichtbarkeit von Arbeitnehmer*innenfragen verringert wird.

Bewegungen verlagern sich daher von proaktiver Interessenvertretung zu defensivem Überleben. Gerichtsverfahren zehren an den finanziellen Mitteln und Kapazitäten, insbesondere wenn Gruppen nach Aufruhr- oder Anti-Terror-Gesetzen angeklagt werden.

Einige Unternehmen versuchen, daraus Profit zu schlagen. Durch die eingeschränkte öffentliche Kontrolle ihres Handelns können sie die Überwachung am Arbeitsplatz und gewerkschaftsfeindliche Taktiken zum alltäglichen Standard machen.

Die schwache Durchsetzung bestehender Arbeitsrechte und die digitale Überwachung verschmelzen miteinander und einige Unternehmen sowie

Regierungsstellen stellen kollektives Handeln als „Sicherheitsbedrohung und antinationalistisch“ dar.

Was können die deutsche Regierung und deutsche Unternehmen tun?

Die deutsche Regierung sollte sich diplomatisch und in bestehenden Kooperationen für die Einhaltung der Kernübereinkommen der ILO einsetzen. Sie könnte Initiativen zur Stärkung von Arbeitnehmer*innenorganisationen, kulturellem Widerstand und Rechtshilfe finanzieren.

Außerdem sollte sie sich für sichere Arbeitsbedingungen einsetzen sowie für eine wirksame Umsetzung des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtgesetzes und der entsprechenden Regulierung der EU, dem CSDDD, eintreten. Dies sollte sie global tun, nicht nur in Indien. Deutsche Unternehmen sollten transparente und robuste Menschenrechtsrichtlinien in ihren Lieferketten umsetzen.

Dazu gehören die Gewährleistung existenzsichernder Löhne, die Förderung der Gewerkschaftsarbeit sowie die Unterstützung von Tarifverhandlungen. Unternehmen sollten zudem gemeindebasierte Audits durchführen und funktionierende Beschwerdemechanismen für Arbeitnehmer*innen einrichten.

Bei Unterstützungsinitiativen sollten sie den Schwerpunkt auf lokale Eigenverantwortung, Vertraulichkeit und Sicherheit legen. ♦

LITERATUR

Das Literaturverzeichnis ist hier <https://t1p.de/otuh5> oder unter diesem QR-Code abrufbar:



FÖRDERER

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



**STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN**

IMPRESSUM

Bonn, Oktober 2025

HERAUSGEBER:

SÜDWIND e.V.
Kaiserstraße 201, 53113 Bonn
Tel.: +49(0)228-763698-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

BANKVERBINDUNG SÜDWIND:

KD-Bank
IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC: GENODE1DKD

AUTORIN:

Dr. Ulrike Dufner

REDAKTION UND LEKTORAT:

Sabine Ferenschild,
Paula Cäcilie Hummelsheim
V.i.S.d.P.: Dr. Ulrike Dufner

GESTALTUNG:

twotype design, Hamburg

factsheet

Indien auf autokratischem Kurs:
Die „größte Demokratie der Welt“
im Umbruch

2025-14

